

Kickl kündigt Rachefeldzug gegen Ludwig bei Wien-Wahl an!

Herbert Kickl der FPÖ fordert bei der Wien-Wahl 2025 eine politische Wende und kritisiert die SPÖ-Regierung unter Ludwig.

Wien, Österreich - Die Wiener Politik steht im Zeichen der bevorstehenden Wien-Wahl im Herbst 2025. Herbert Kickl, der Vorsitzende der FPÖ, kündigte an, bei dieser Wahl einen „Denkzettel“ für die gegenwärtige Regierung unter Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) setzen zu wollen. Kickl kritisierte die derzeitige Leistung der Regierung und betonte, dass die FPÖ Rache für vergangene Ungerechtigkeiten nehmen will. Er bezeichnete Ludwig und die ÖVP als Teil der politischen Elite, die nicht im besten Interesse der Bevölkerung handelt und bezeichnete Karl Mahrer als „politischen Zwerg“ im aktuellen politischen Spannungsfeld. Kickl's Aussagen betonen die Themen Sicherheit, Teuerung und Migration, wobei er gut integrierte Ausländer als Teil der Gemeinschaft anerkennt, während er jene, die seit 2015 aus Syrien und Afghanistan nach Österreich gekommen sind, ablehnt.

Sein Vorredner Dominik Nepp vertrat ebenfalls klare Positionen und äußerte scharfe Kritik an Ludwig, insbesondere im Kontext der Unterstützung von „Islamisten“ in Wien. Nepp fordert einen stärkeren Fokus auf die finanziellen Belastungen durch Zuwanderung und argumentiert, dass Geld für Migranten besser in soziale Projekte investiert werden sollte. In der Debatte um steigende Energiepreise und die damit verbundene Kriminalität nahm Nepp die Politik der aktuellen Wiener Regierung in die Verantwortung. Er kündigte an, einen Untersuchungsausschuss

zu Corona einzufordern, falls die FPÖ bei der Wahl 25 Mandate erreiche.

Koalitionsverhandlungen und Regierungssituation

Parallel zu den Aktivitäten der FPÖ haben die Neos ihre Koalitionsverhandlungen mit SPÖ und ÖVP beendet. Bürgermeister Ludwig betont die gute Zusammenarbeit mit den Neos, sieht jedoch eine Koalition mit der FPÖ als ausgeschlossen an. Inhalte und politische Werte seien für ihn wichtiger als persönliche Vorteile, was seine Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der FPÖ bekräftigt. Die Pläne der Stadtregierung werden Ende kommender Woche präsentiert, mit Schwerpunkt auf Gesundheits-, Wohnungs- und Klimaschutzfragen.

Ludwig kritisiert die ÖVP, insbesondere für deren radikalere Positionen seit dem Amtsantritt von Sebastian Kurz, und erhofft sich gesetzliche Maßnahmen zur Unterstützung von Haushalten bei steigenden Energiepreisen. In Anbetracht der Herausforderungen durch den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen hat Wien bereits kostenfreie Bildungsangebote und Integrationsmaßnahmen eingeführt, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Migrations- und Asylpolitik unter dem Fokus

Die Debatten um Migration und Asyl nehmen in der Wiener Politik eine zentrale Rolle ein. Sowohl die FPÖ als auch die ÖVP haben ähnliche Ziele in der Migrationspolitik und beabsichtigen, die illegale Einwanderung zu stoppen. Zu den geforderten Maßnahmen gehören ein Gesetz gegen politischen Islam, die Einführung von „Asyloberggrenzen“ und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Einige dieser Vorschläge stehen in der Kritik, da sie sowohl gegen internationale

Menschenrechtsverpflichtungen als auch gegen europäisches Recht verstoßen könnten.

Zusätzlich fordern die Parteien die Verbesserung der Integrationspolitik in Wien. Die FPÖ schlägt vor, Ausreisezentren einzurichten und Asylverfahren außerhalb Europas zu verlagern. Kritiker warnen, dass viele dieser Vorschläge, wie Pushbacks an den Grenzen, die Zugänglichkeit zu fairen Asylverfahren einschränken und im Widerspruch zu EU-Richtlinien stehen. In diesen Diskussionen ist der Begriff „politischer Islam“ umstritten und wird oft für pauschale Stigmatisierung genutzt.

Die bevorstehenden Wahlen in Wien sind somit nicht nur ein Test für die FPÖ und ihre Fähigkeit, Wählerstimmen zu gewinnen, sondern auch ein Aufeinandertreffen verschiedener politischer Überzeugungen, die die Zukunft der Stadt maßgeblich beeinflussen könnten. Während die FPÖ sich darauf konzentriert, ihre politischen Positionen durchzusetzen, bleibt die SPÖ auf der Suche nach Wegen, um sich politisch zu behaupten und gleichzeitig die Herausforderungen durch Zuwanderung und Integration anzugehen.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.heute.at • www.wienerzeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at